

Bericht von Marinus van der Goes van Naters über das zukünftige Statut der Saar (26. August 1953)

Legende: Am 26. August 1953 legt der Niederländer Marinus van der Goes van Naters den Mitgliedern des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten des Europarates seinen Bericht über die Europäisierung des Saarlandes vor.

Quelle: Die künftige Stellung der Saar vorgelegt von Herrn van der Goes van Naters - Bericht des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten. Straßburg: Council of Europe - Consultative Assembly, 1954. p. 1-23.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/bericht_von_marinus_van_der_goes_van_naters_uber_das_zukunftige_statut_der_saar_26_august_1953-de-1e5846b1-74ef-451b-9df0-e2410c755d9b.html

Publication date: 19/12/2013

Bericht von Marinus van der Goes van Naters über das zukünftige Statut der Saar (26. August 1953)

A. Zusammenfassung der wesentlichen Gesichtspunkte des Saarproblems

Einleitung

1. Der Hauptfaktor der Saarfrage wird durch den Gegensatz gebildet, der einerseits infolge der ethnographischen Verwandtschaft zwischen der Saar und Deutschland und andererseits infolge der wirtschaftlichen Verflechtung der Saar mit Lothringen zutage tritt. Beide Parteien haben bisher versucht, daraus Schlußfolgerungen zugunsten der jeweils von ihnen vertretenen These zu ziehen, wobei sie immer nur den einen bzw. den anderen dieser Gesichtspunkte hervorhoben.
2. Die große negative Lehre aus dem geschichtlichen Überblick, der den Gegenstand des ersten Teils dieses Berichtes bildet, ist die Erkenntnis, daß sich keine der beiden Parteien ausschließlich auf ihre geschichtlichen Ansprüche berufen kann. In erster Linie werden diese Ansprüche aus Zeiten hergeleitet, in denen der Nationalstaat als solcher noch nicht existierte. Sodann berücksichtigt jedes geschichtliche Argument aus der Zeit vor der industriellen Ära oder vielmehr aus der Zeit vor 1878 ⁽¹⁾ den wirtschaftlichen Faktor überhaupt nicht oder nur in einer Art und Weise, die in keiner Beziehung zu seiner jetzigen Bedeutung steht. Heute bildet der wirtschaftliche Faktor zusammen mit dem ethnographischen und politischen Faktor das entscheidende Kriterium für jede Lösung der Saarfrage. Ferner gestattet aber auch die Lehre, die man aus der wirtschaftlichen Untersuchung des Problems ziehen kann, keineswegs eine klare Stellungnahme zugunsten der einen oder der anderen Partei, denn aus dieser Lehre geht hervor, daß die Saar nicht nur von der lothringischen Minette, sondern auch von der westfälischen Koks- und Kohle abhängig ist, d.h., daß in wirtschaftlicher Hinsicht die Saar zu dem großen wirtschaftlichen Dreieck gehört, auf dem die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl beruht.
3. In diesem Bericht wird versucht, die Saarfrage in einer neuen Betrachtungsweise darzustellen. Bisher haben sich die Parteien mit dieser Frage befaßt: (a) von ihrem nationalen Standpunkt aus, (b) im Hinblick auf die bisherigen wirtschaftlichen und geschichtlichen Ereignisse, wobei sie diesen Ereignissen eine Auslegung gaben, die geeignet war, ihre nationalen Forderungen zu rechtfertigen. Unser Bericht geht von dem Grundsatz aus, daß dieses Verfahren ganz und gar falsch ist. Wir behandeln die Frage vom europäischen Standpunkt aus: Wir lehnen es ab, die Vergangenheit heraufzubeschwören und bestreiten den Wert jeder wirtschaftlichen Auslegung, die sich nicht in den Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, von der die Montangemeinschaft den ersten Schritt darstellt, einfügt. Wird dieser Ausgangspunkt nicht anerkannt, so wird der weitere Inhalt dieses Berichtes für den Leser in jeder Weise unverständlich. Dieser Ausgangspunkt wird nicht die Zustimmung derjenigen französischen Kreise finden, die möglichst am status quo nur deshalb festhalten, weil sie diese Lösung als die für Frankreich günstigste halten ⁽²⁾. Dieser Ausgangspunkt wird ferner nicht die Zustimmung der deutschen nationalistischen Kreise finden, die die einfache Rückgliederung der Saar an Deutschland fordern. Geht man nicht ausschließlich vom europäischen Standpunkt aus, so wird die Saarfrage alle Hoffnungen auf ein Vereinigtes Europa zuschanden werden lassen. Das Fehlen des europäischen Geistes auf diesem Gebiet würde den ausgezeichneten und so oft dieser Sache gewidmeten Worten jeden Wert nehmen.

4. Die Saarfrage ist der entscheidende Prüfstein für die europäische Aufrichtigkeit.

[...]

III. Die politischen Faktoren für die Lösung des Problems

6. Hervorstechendes Merkmal der politischen Lage der Saar ist der Umstand, daß die Sicherheit und das Glück der Saarbevölkerung nur dann gewährleistet werden können, wenn das von ihr bewohnte Gebiet den Gegenstand eines Dauerabkommens zwischen Frankreich und Deutschland bildet. In dieser Hinsicht sind die Interessen der Saarbewohner dieselben wie diejenigen aller Deutschen und aller Franzosen, ferner entsprechen sie den Belangen der Europäischen Gemeinschaft und denjenigen der Gesamtheit der

Staatsbürger aller unserer Länder. Im Verhältnis zu dieser zentralen politischen Gegebenheit, von der die Lage beherrscht wird, ist jeder andere Faktor von zweitrangiger Bedeutung und muß ihr untergeordnet werden.

7. Die europäische Lösung der Saarfrage ist die einzig mögliche; nur sie entspricht den harten politischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Realitäten.

8. Auf politischem Gebiet ist vor allem die Entschlossenheit Frankreichs und Deutschlands bedeutungsvoll, gemeinsam eine Europäische Gemeinschaft zu errichten.

9. Die beiden großen Nationen, die sich so lange als unversöhnliche Rivalen gegenüberstanden und heute ungeachtet einer tausendjährigen Geschichte den beispiellosen Versuch machen, zusammen eine Gemeinschaft zu bilden, müssen in der einen oder anderen Weise zu der Erkenntnis kommen, daß sie sich niemals über die Vergangenheit verständigen können. Sollten sie versuchen, die Vergangenheit zu erörtern, so würde der ganze alte Haß neu aufleben. Frankreich und Deutschland müssen die Vergangenheit beiseite lassen, um gemeinsam eine neue Zukunft aufzubauen. Diese große Wahrheit macht die auf den geschichtlichen Erfahrungen begründete Weigerung, aus den Ereignissen der Vergangenheit eine bestimmte Lehre für die Gegenwart zu ziehen, zu einem hochpolitischen Grundsatz. Nach Jahrhunderten europäischer Bürgerkriege müssen wir den Mut zu der Überzeugung haben, daß heute nur die Gegenwart und die Zukunft wichtig sind. Demnach ist von praktischer Bedeutung weniger der den Ansprüchen der beiden Parteien innewohnende Wert, als vielmehr die Tatsache, daß diese Ansprüche erhoben werden.

10. Dementsprechend muß bei der deutsch-französischen Verständigung über die Saarfrage von den jetzigen Forderungen ausgegangen werden und nicht von den alten Streitpunkten oder, schlimmer noch, von den Streitpunkten, die sich erst aus der Auslegung der Ereignisse der Vergangenheit ergeben. Schon im ersten Teil dieses Berichtes wird deshalb gesagt:

„... Die beteiligten Parteien können heute nur auf einer Grundlage verhandeln: auf der Grundlage der Mindestbedingungen, die nach der Ansicht jeder der Parteien durch die gegenwärtigen Umstände geboten sind...“

11. Eine dauerhafte Lösung der Frage ist nur möglich, wenn die beiden großen Parteien ihr aufrichtig für die Dauer zustimmen. Das einzige realistische Verfahren besteht somit darin, einen Kompromiß zu finden, der auf beiden Seiten von den vernünftigen Persönlichkeiten gebilligt wird und dessen Annahme nicht den politischen Bankrott der guten Europäer, die über diese Regelung verhandeln, unter den Angriffen der in den beiden Parlamenten vorhandenen chauvinistischen Kreise herbeiführt.

12. Der Kompromiß muß gleichzeitig gerecht sein. Es wäre kurzsichtig, wollte man die Gerechtigkeit mit der freien Selbstbestimmung identifizieren, weil in diesem Falle die "freie Selbstbestimmung" nicht nur für die Einwohner der Saar, sondern für die gesamte Bevölkerung Frankreichs und Deutschlands gilt. Die Lösung der Saarfrage ist in Wirklichkeit eine Frage von europäischem Interesse. Nichtsdestoweniger muß die vorgeschlagene Lösung dem Saarvolk mittels eines Referendums, das unter neutraler Schirmherrschaft zu organisieren ist, vorgelegt werden. Aus allen vorliegenden Äußerungen geht hervor, daß die Saarbewohner gern jeden Vorschlag billigen werden, auf den sich Deutschland und Frankreich geeinigt haben.

13. Schließlich muß die Lösung eine endgültige sein. Es kann keine Rede davon sein, jetzt über ein Abkommen zu verhandeln, wenn die Forderungen in fünf Jahren mit neuer Kraft erhoben werden, nachdem sich möglicherweise das Kräfteverhältnis zugunsten der einen oder der anderen der beiden Parteien geändert hat. Die Lösung muß vielmehr auf dem Hauptgrundsatz der zukünftigen europäischen Politik beruhen, nämlich auf dem Grundsatz der Einheit, dabei muß sie aber in ihrer Anwendung so geschmeidig sein, daß sie der Entwicklung der institutionellen Formen, die diese Einheit etwa erfordert, angepaßt werden kann.

IV. Wirtschaftlichen Faktoren für die Lösung des Problems

14. Obgleich ursprünglich die einzige oder fast einzige Existenzgrundlage der Saar in ihrem Kohlerevier bestand, verfügt sie heute über eine vielgestaltige Wirtschaft, die sich insoweit selbst genügt, als die Ausfuhrerlöse ihr gestatten, die erforderlichen ausländischen Lebensmittel zu mehr als Dreiviertel einzuführen, ebenso wie die übrigen Erzeugnisse, deren sie bedarf⁽³⁾. (Auf diese Ausfuhr entfällt ein Anteil, der zwischen der Hälfte und Zweidritteln der industriellen Nettoerzeugung der Saar liegt.)

15. Das bedeutet, daß die Saar in stärkerem Grade als die meisten anderen europäischen Länder vom Außenhandel abhängig ist. Bisher gingen 4/5 ihrer Ausfuhr nach Frankreich und Deutschland, wobei die Verteilung auf diese beiden Länder entsprechend dem jeweiligen Verlauf der Zollgrenze schwankte.

16. Die Saar ist von der lothringischen Minette für mehr als 90 % ihrer Erze abhängig; unter den augenblicklichen politischen Bedingungen ist sie ferner in sehr bemerkenswertem Umfang von der Einfuhr von Lebensmitteln aus Frankreich abhängig. Die Saar braucht deshalb große Absatzmärkte in Frankreich und in der französischen Union, die sie übrigens dort findet. Außerdem braucht sie den Zugang zu den deutschen Einfuhr- und Ausfuhrmärkten im Hinblick auf eine Gemeinsamkeit des Geschmacks, der Gewohnheiten und Überlieferungen sowie für ihre industrielle Ausrüstung.

17. Die Erfahrungen mit der Wiedereingliederung der Saar an Deutschland vom Jahre 1935 haben gezeigt, daß es nicht möglich ist, die Saarländische Wirtschaft in die deutsche Wirtschaft wieder einzugliedern, wenn sie gleichzeitig von Lothringen getrennt wird, sofern man nicht so radikale Maßnahmen trifft wie die Verlegung einer großen Zahl der saarländischen Hüttenbetriebe in den Schwarzwald. Daraus ergibt sich, daß die Frage nicht unter nationalen Gesichtspunkten erörtert werden kann, sondern nur unter europäischen Gesichtspunkten; tatsächlich ist ihre Lösung mit dem Vorhandensein geschlossener Grenzen unvereinbar und kann nur im Rahmen eines einzigen europäischen Marktes gefunden werden.

18. Die Bande, die die Saar mit den Wirtschaften ihrer beiden großen Nachbarn verknüpfen, sind grundlegende Bande, die auf die Dauer nicht mittels gewöhnlicher zweiseitiger Verhandlungen in einer Welt, in der die Handelsbeziehungen durch ihre Unbeständigkeit gekennzeichnet sind, aufrechterhalten werden können. Wenn die Saar das für das Experiment der Europäisierung ausgewählte Gebiet ist, dann lohnt es, diesen Begriff im Einzelnen zu zergliedern. Eine solche Lösung ist dringend notwendig, und zwar nicht nur wegen des politischen Ernstes der Frage, sondern auch wegen der Auswirkungen auf die Saarländische Wirtschaft, die sich daraus ergeben, daß im Laufe der letzten vierzig Jahre die Wirtschaftsordnung an der Saar nicht weniger als viermal eine andere geworden ist.

19. Seit 1918 hat die politische Ungewißheit der Zukunft der Saar für sie zuweilen gewisse Vorteile mit sich gebracht: tatsächlich führte sie dazu, daß ihr von einer der Parteien oder gleichzeitig von beiden Parteien eine Vorzugsbehandlung gewährt wurde. Immerhin waren, alles in allem, die Folgen der Änderungen des Wirtschaftsregimes sehr nachteilig, da sie eine langfristige Planung verhindert, den Sparwillen herabgesetzt und Kapitalinvestitionen, die von lebenswichtiger Bedeutung gewesen wären, entgegengewirkt haben.

20. Die Auswirkungen dieser Ungewißheit waren besonders auffällig in der Schwerindustrie, die im Verhältnis zu den regionalen großen Wirtschaftsgruppen der beiden Zollgebiete, denen sie abwechselnd angeschlossen war, eine Randstellung einnahm. Diese Lage wurde noch durch ungünstige Verkehrsbedingungen verschlimmert - auch diese Frage kann nur auf europäischer Ebene geregelt werden -, ferner durch die Tatsache, daß die Saar sich in einer gefährdeten strategischen Lage befand.

21. Der wiederholte Wechsel des Wirtschaftsregimes hatte außerdem nachteilige Auswirkungen auf die angrenzenden Landwirtschafts- und Industriegebiete sowohl in Frankreich als auch in Deutschland.

22. Wenn der häufige Wechsel des Regimes in der Vergangenheit das wichtigste wirtschaftliche Argument für eine dauerhafte europäische Lösung bildet, dann können die Auswirkungen dieser Änderungen nicht als triftige Gründe zur Stützung der nationalen Auffassungen der einen oder der anderen Partei vorgebracht werden. Die französische Grenze verlief im Jahre 1919 anders als fünf Jahre vorher; dies gilt auch für die

Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zum deutschen Staatsgebiet von 1935, für das im übrigen die Grenze eine andere war als für das Deutsche Reich von vor 1919.

23. Die Saar-Wirtschaft wird gerade wegen der geschichtlichen Vergangenheit der Saar wahrscheinlich mehr als die Wirtschaft jedes anderen Landes aus der Arbeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl Nutzen ziehen. Anstatt in der Ungewißheit zu leben, würde die Schwerindustrie der Saar einer Zeit der Beständigkeit und Stabilität entgegengehen. Ihr Schicksal würde mit demjenigen der anderen Industriegebiete der Gemeinschaft verbunden sein; sie würde sich nicht mehr in einem immer unbeständigen Gleichgewicht zwischen den beiden großen benachbarten Volkswirtschaften befinden, sondern dürfte schließlich ihre natürlichen Absatzmärkte finden. Unter diesem Gesichtspunkt - es darf dabei nicht vergessen werden, daß auf Kohle und Stahl mehr als die Hälfte der Industrieerzeugung und fast zwei Drittel der Ausfuhr der Saar entfallen - läßt sich behaupten, daß die Saarfrage ihre Lösung im Rahmen einer Ordnung finden wird, die auf europäischen und nicht mehr ausschließlich auf nationalen Grundsätzen beruht.

24. Wenn man Schritt für Schritt die deutsch-saarländische Grenze für die Erzeugnisse öffnet, die nicht zum Bereich der Montangemeinschaft gehören, muß der Strukturänderung Rechnung getragen werden, die sich für die Saarwirtschaft daraus ergab, daß sie nach 1920 einem anderen Zollgebiet unterstellt wurde, ebenso nach 1945, und zwar um so mehr, als jede tiefgreifende wirtschaftliche Störung heute durch die in Erscheinung tretenden inflationistischen Tendenzen verstärkt werden würde. Dabei ist die Notwendigkeit hervorzuheben, die deutsch-saarländische Grenze nur stufenweise zu öffnen. Die vollständige Freiheit des Geld- und Warenverkehrs läßt sich nicht von vornherein durch eine einfache politische Entscheidung oder mit einem Federstrich verwirklichen, da in einem solchen Falle eine tiefgreifende Umwälzung und eine ungeheure Schädigung des Wirtschaftslebens der Saar ⁽⁴⁾, Frankreichs und Deutschlands zu befürchten wäre.

Diese Befreiung wird zwangsläufig weitgehend von der Errichtung eines einzigen Marktes auf dem Gebiet der Europäischen Gemeinschaft abhängen. Es darf jedoch niemals aus dem Auge verloren werden, daß alles getan werden muß, um dieses Ziel so bald wie möglich zu erreichen; denn schon das Vorhandensein einer Wirtschaftsgrenze, wie sie zur Zeit zwischen den Deutschen und den Saarländern besteht, ist nicht nur ungerecht, sondern auch widernatürlich ⁽⁵⁾.

V. Schlußfolgerungen

25. In den vorstehenden Absätzen ist der wesentliche Inhalt eines Berichtes von mehr als 200 Seiten zusammengefaßt. In dem Maße, wie sich die Tatsachen, die für die eine oder die andere These sprechen, aneinanderreihen, ergibt sich klar, daß sie nicht zu einer Lösung der deutsch-französischen Streitigkeiten über die Saar führen. Das große Experiment der Errichtung einer Europäischen Gemeinschaft hängt ganz und gar von dem gegenseitigen Vertrauen dieser beiden Völker ab. Dieses Experiment ist aber heute in ernster Gefahr. Schon hört man das Bellen der Schakale, die das Scheitern des Versuches ankündigen. Wenn wir Europäer weiterhin entschlossen sind, vorwärts zu gehen, so nicht nur, weil wir uns der einzigen anderen bitteren Aussicht bewußt sind, nämlich der Rückkehr zur unheilvollen Epoche der rivalisierenden Nationalismen und fortgesetzten Bürgerkriege, die unsere gemeinsame Geschichte zerfetzt und deformiert haben. Es trifft durchaus zu, daß dieses „Versinken im ewig Gestrigen“ derartige Aussichten einer vollständigen und ausweglosen Verzweiflung eröffnen, in der sich unsere gemeinsamen Toten schattenhaft abzeichnen, daß es besser wäre, alles zu wagen, um diesen Weg in die Vergangenheit zu vermeiden. Wir finden auch eine Stütze in der verheißungsvollen Vision dessen, was die Vereinigten Staaten von Europa für uns und für unsere Kinder sein können. Die Worte, die Sir Winston Churchill im Jahre 1946 gesprochen hat, haben auch noch sechs Jahre später Gültigkeit:

„Das Bild, das sich uns bietet, hat beunruhigende Ähnlichkeit mit demjenigen vom Jahre 1938. Es ist in gewisser Hinsicht sogar noch düsterer. Die europäischen Völker sind noch tiefer in den Abgrund des Elends und der Verwirrung geraten. Eine alte Geschichte handelt von einem spanischen Gefangenen, der seit Jahren in seinem Kerker schmachtet und seine Flucht plant. Eines Tages drückt er die Tür auf. Der Weg ist frei: Zweihundert oder dreihundert Millionen Europäer haben sich darüber schlüssig zu werden, glücklich und

frei sein zu wollen und nur noch eine einzige Völkerfamilie zu bilden, die sich gegenseitig Beistand und Schutz gewährt. Die Tore des Gefängnisses brechen auf. Mit festem oder noch mit schwankendem Schritt gehen die Gefangenen der Sonne einer freudevollen Welt entgegen.“

26. Gelingt es uns, in uns selbst diese „plötzliche Entschlußkraft“ zu finden, so werden wir unserem Erdteil die Zerstörungen der Bürgerkriege ersparen können. Wir werden ihm eine Prosperität ermöglichen, wie sie auf einem eingegengten Markt in einem Labyrinth restriktiver Nationalismen unvorstellbar ist. Wir werden unseren vereinigten Völkern die Aufgabe geben, die ihnen in einer Welt zukommt, zu der sie noch ihren besten Beitrag zu leisten haben werden. Angesichts solcher geschichtlicher Perspektiven würde das Scheitern in der Saarfrage in seltsamer Weise darauf hinauslaufen, hinter den Erfordernissen der Zeit zurückzubleiben. Die Deutschen müssen verstehen, daß sie von den Franzosen verlangen, sich mit einem Volk zu vereinigen, das im Laufe einer Generation zweimal in ihr Land eingedrungen ist und eine Macht entfaltet hat, die gestattet, der übrigen Welt in Waffen Trotz zu bieten und dabei dem Erfolg ganz nahe zu kommen. Das Wagnis eines Zusammenschlusses mit einem solchen Volk bedeutet, für den Fall des Scheiterns alles aufs Spiel zu setzen. Aus diesem Grunde zögert das französische Volk, diesen Schritt zu tun. Die Saar erhält damit eine Bedeutung, die in keinem Verhältnis mehr steht zu der Rolle, die sie für das Gleichgewicht der deutsch-französischen Hüttenindustrie spielt: für Frankreich ist sie zum Symbol der deutschen Aufrichtigkeit geworden. Will Deutschland tatsächlich eine Gemeinschaft mit seinem ehemaligen Rivalen bilden, so ist es in keiner Weise bedeutsam, ob die Saar jetzt an Deutschland angeschlossen wird oder nicht. Ist Deutschland bereit, einer europäischen Lösung für die Saar zuzustimmen, so wird damit der unbestreitbare Beweis erbracht, daß die Zweifel an der deutschen Aufrichtigkeit unbegründet waren, und daß Frankreich sich ohne Zögern auf den Weg einer vollen Vereinigung begeben kann.

27. „Warum“, so fragen viele Deutsche, „verlangt man dieses Opfer von uns? Wenn wir zugeben sollen, daß die Saarfrage in einem übernationalen Europa nicht mehr aufgeworfen wird, dann werden die Franzosen mit ihrer Logik ihrerseits zugeben, daß dies auch für sie gilt.“ In einem solchen Fall ist die absolute Offenheit der Beweis für politischen Sinn. Die Deutschen werden verstehen, daß das französische Volk im Hinblick auf die Geschichte Deutschlands seit seiner Einigung nach 1866 der Auffassung ist, daß die Beweislast jetzt Deutschland zufällt. Heute ist es Sache des deutschen Volkes, zu beweisen, daß es dieser Herausforderung ruhigen Gewissens begegnen und damit den ersten Stein zu den Vereinigten Staaten von Europa in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens legen kann, ohne welches alle Verfassungsentwürfe nur „Fetzen Papier“ wären.

[...]

B. Der Geist der vorgeschlagenen Lösung

28. Aus den Erklärungen, die im Laufe der letzten Monate von deutschen, französischen und saarländischen Staatsmännern ⁽⁶⁾ abgegeben wurden, geht klar hervor, inwieweit die drei Hauptbeteiligten den Nachdruck nicht auf dieselben Seiten der Frage legen. Aus diesen Auslegungsverschiedenheiten ist nicht zu folgern, daß keine Lösung gefunden werden kann, sie sind jedoch richtungweisend für den Geist, in dem diese Lösung gesucht werden muß. Er findet seinen Ausdruck in Ziffer 3 der Präambel zum Entschließungsentwurf.

29. Die vorgeschlagene Lösung wird nur in großen Zügen umrissen. Die zahlreichen praktischen Schwierigkeiten werden besser auf der in Aussicht genommenen Konferenz (Ziffer 19) geregelt werden müssen.

30. Es muß zugegeben werden, daß die vorgeschlagene Entscheidung für Deutschland am schwersten sein wird, da sie - scheinbar - den Verlust einer Provinz, die historisch zu Deutschland gehört, mit sich bringt. Die Antwort, daß die Saar bereits verloren sei, daß ihr Verlust ein Teil des Preises sei, den Deutschland dafür zu zahlen habe, daß es einen Weltkrieg entfesselt hat, ferner sogar, daß die Mehrheit des Saarvolkes gegen einen Anschluß an Deutschland sei, würde nur dem alten Groll neue Nahrung geben. Eine Lösung, die einer Strafe gleichkäme, könnte nicht mit aufrichtiger Zustimmung rechnen, sie würde lediglich die

Entschlossenheit zur Folge haben, die frühere Lage wiederherzustellen, sobald sich eine günstige Gelegenheit bietet. Ebenso falsch – weil es gleichermaßen auf der alten Auffassung des "meum" und des "tuum" zwischen den Nationen und nicht auf dem neuen Grundsatz einer Gemeinschaft beruht - ist die Auffassung, daß Deutschland immerhin Vorteile im Vergleich zur jetzigen Lage erlangen würde. Auch diese Auffassung führt nach den Gesetzen der Logik dazu, in der Folge noch mehr zu fordern. Dagegen muß die Europäisierung der Saar Ziel jedes der sechs Staaten sein, die den Kern der Europäischen Gemeinschaft bilden. Sobald der Entwurf des Vertrages über die Satzung dieser Gemeinschaft ratifiziert sein wird, werden alle Mitgliedstaaten in gewissem Sinne "europäisches Bundesgebiet" werden. Wenn Nationen beschließen, eine Gemeinschaft zu bilden, dann sind sie bereit, gewisse Besitzungen für die Erreichung gemeinsamer Ziele zu opfern. Mit der Zustimmung zur europäischen Satzung wird die Saar als erstes Gebiet das gemeinsame Ziel erreichen. Sobald alle Nationen ihrerseits das Ziel erreicht haben, verliert der Ausdruck "Verlust einer Provinz" jede Bedeutung nach der Logik ebenso wie in der Praxis.

31. Die zweite Antwort auf den deutschen Einwand, daß die vorgeschlagene Lösung einem „Opfer auf dem Altar der europäischen Einheit“ gleichkommt, besteht in der Erwiderung, daß ohne dieses Opfer Clio nicht auf die Opfergabe antworten wird, und daß man die letzte Aussicht verspielt haben wird, es Europa zu ermöglichen, seine Größe durch die Festigung seiner Einheit zu bewahren. Die unerbittlichen Gründe für dieses Opfer wurden bereits unter den Ziffern 25 bis 27 dargelegt. Auch wenn man zugeben wollte, daß die Frage schlecht formuliert ist und daß von einem zu zahlenden "Preis" gesprochen werden muß, so wird doch Deutschland zu entscheiden haben, ob das in Aussicht genommene Ziel nicht diesen "Preis" rechtfertigt.

32. Konkret ausgedrückt, wird Deutschland das Recht erwerben, in allen Fragen der Außenpolitik und der Verteidigung mit Frankreich gleichberechtigt mitzureden; auf wirtschaftlichem Gebiet wird der relative Vorteil Frankreichs in dem Maße schnell verschwinden, wie alle dazu beitragen, den europäischen Markt zu verwirklichen; in den Fragen der inneren Angelegenheiten der Saar wird auf Grund des neuen dreiseitigen Abkommens ⁽⁷⁾ die deutsche Kultur für die Bevölkerung unter einer von der Saarbevölkerung frei gewählten Regierung in jeder Weise gewährleistet sein.

33. Für Frankreich ist die Frage einfach. Hat die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl Erfolg, so bleibt Frankreich der wichtigste wirtschaftliche Vorteil, den es aus der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion zieht - die Belieferung der lothringischen Hochöfen mit Saarkohle - gewahrt. Sollte dagegen die Montangemeinschaft scheitern, so würden die Franzosen dazu neigen, die Frage unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses zwischen ihrer Stahlerzeugung und derjenigen Deutschlands zu sehen. Gleichzeitig ist damit die Saarfrage zum Symbol des Vertrauens bzw. Mißtrauens gegenüber dem neuen Deutschland geworden, das in der Europäischen Gemeinschaft der Partner Frankreichs sein wird. Die in Aussicht genommene Lösung kommt den Interessen Frankreichs ziemlich weit entgegen und berücksichtigt in vollem Umfang die französischen Befürchtungen. Die Annahme des vorgeschlagenen Plans wäre der überzeugendste Beweis für den guten Glauben Deutschlands. Frankreich hat kein Recht, mehr zu verlangen.

34. Nach der vorgeschlagenen Lösung wird von Frankreich erwartet, daß es auf seine jetzigen politischen Rechte an der Saar zugunsten eines europäischen Kommissars verzichtet, der von allen Mitgliedern des Europarates ernannt wird und dem ein Ausschuß zur Seite steht, in dem Frankreich und Deutschland auf gleichem Fuße vertreten sind. In wirtschaftlicher Hinsicht wird die Hauptbestimmung der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion, d.h. die Beibehaltung eines gemeinsamen Marktes zwischen der Saar und Lothringen, beibehalten. Auf anderen Gebieten hat Frankreich gewisse Opfer zu bringen.

35. Kommt diese Lösung zur Anwendung, so wird sie zweifellos bei den Saarbewohnern die wärmste Aufnahme finden. Diese Bevölkerung von einer Million hat keinen größeren Wunsch, als in Frieden und Ruhe zu leben, in Frieden, der ihr gestatten würde, den erstaunlichen Nachkriegswiederaufbau fortzusetzen und zu verstärken, in Ruhe, die ihr die Sorge nimmt, alle zwei oder drei Jahre über ihr weiteres Schicksal zu entscheiden. Die in Aussicht genommene Lösung macht keineswegs die Saar zu einem neuen Staat und gewährt ihr ebensowenig außenpolitische Souveränität. Die Saar wird nicht zu einem zweiten Luxemburg. Sie hört aber auf, ein Zankapfel zwischen ihren Nachbarn zu sein; sie erlangt Festigkeit und Beständigkeit auf wirtschaftlicher Ebene; ihre gemeinsamen Bande mit Lothringen und der Ruhr bleiben unberührt; in der Außenpolitik kann sie damit rechnen, daß der europäische Kommissar ihre Interessen getreulich wahrht; in

der Innenpolitik hat sie selbst ihre Vertreter, die nach eigenem Ermessen die Regierungsgeschäfte führen werden, frei zu wählen.

36. Diese Lösung hat schließlich den Vorteil, daß sie Großbritannien und die Vereinigten Staaten mit der Europäischen Gemeinschaft in sehr enge Verbindung bringt. Viel wird davon abhängen, in welchem Maße diese beiden Länder bereit sein werden, ihre volle Unterstützung zu gewähren. Wenn diese großen Nationen feststellen, daß Deutschland, Frankreich und die Saar aufrichtig zusammenarbeiten, wird diese Unterstützung das mindeste sein, was man von ihnen erwarten kann.

37. Von manchen Seiten wird behauptet werden, daß die vorgeschlagene Lösung ausschließlich von dem Begriff einer Europäischen Gemeinschaft der sechs Mächte ausgeht. Diese Annahme ist unzutreffend, da die in den Kapiteln I bis III des Entschließungsentwurfs gemachten Vorschläge die wesentlichen Bestandteile einer praktischen Lösung enthalten, ganz unabhängig von der Errichtung einer Europäischen Gemeinschaft. Die Bedeutung der Saarfrage beruht aber vor allem darauf, daß, wenn keine europäische Lösung getroffen werden kann, weil Europa nicht zustande kommt, kaum Aussicht auf Beibehaltung der in den Kapiteln I bis III der Entschließung vorgesehenen Bestimmungen besteht, und wahrscheinlich werden dann die Staaten in ihren gegenseitigen Beziehungen einfach zur Machtpolitik zurückkehren. Unter den Ziffern 25 bis 27 haben wir gesehen, was das bedeuten würde. Wenn, um es mit brutaler Offenheit zu sagen, die europäischen Beziehungen wieder auf der Macht und nicht auf der Zusammenarbeit innerhalb einer Europäischen Gemeinschaft beruhen sollten, dann wird das Schicksal der Saar davon abhängen, ob Frankreich oder Deutschland stärker sein wird. Sieht man die Frage in diesem grellen Licht, so ist es klar, daß das Kräftegleichgewicht sich in den letzten drei Jahren schrittweise zu Ungunsten Frankreichs und zugunsten Deutschlands verlagert hat. Wird die Einheit Deutschlands wiederhergestellt, so wird die Lage Frankreichs noch ungünstiger. Sollte das Schlimmste eintreten und ein wieder vereinheitlichtes Deutschland infolge des Scheiterns der Europäischen Gemeinschaft seine volle Handlungsfreiheit erlangen, so wird Frankreich wahrscheinlich die Rückkehr der Saar zu Deutschland nicht verhindern können. Es wird sich nicht nur um den Einfluß handeln, den die Festigkeit der DM im Vergleich zum französischen Franken auf die Saarwähler ausüben kann, sondern auch um den zu zahlenden Preis, damit Deutschland weiterhin dem westlicher Lager zugehört. Um das letztere Ergebnis zu erreichen, könnten die Vereinigten Staaten und sogar Großbritannien der Auffassung sein, daß die Saar kein zu hoher Preis ist, und Frankreich wäre nicht imstande, sich dem zu widersetzen, auch wenn es darin die Rückkehr auf den verderblichen Weg der Beschwichtigung erblicken würde. Diese düsteren Aussichten so kurz nach einem zweiten Weltkrieg sind nicht so abwegig oder phantastisch, daß sie nicht eine offensichtliche Tatsache in Erscheinung treten lassen: Zögern die Nationen Westeuropas, rasch eine Europäische Gemeinschaft zu bilden, so werden sie ihre besten Zukunftsaussichten in Gefahr bringen. Wenn somit die vorgeschlagene Lösung von dieser Gemeinschaft ausgeht, so deshalb, weil jede Alternative zu der Annahme führen müßte, daß die westeuropäische Zivilisation zu Ende geht und daß wir wiederum im Begriff sind, die Hölle einer europäischen Machtpolitik zu betreten, von der heute niemand weiß, wohin sie führt, während doch alle Erfahrungen der Vergangenheit uns zu der Schlußfolgerung führen müssen, daß diese Politik geeignet ist, zum Kriege zu führen, mit dem einzigen Unterschied, daß dieses Mal die Atomwaffen Europa endgültig die Möglichkeit nehmen werden, seine Irrtümer ein drittes Mal zu wiederholen.

(1) Erfindung des Thomas-Martin-Verfahrens für die Verhüttung der armen lothringischen Eisenerze.

(2) Die Vorteile, die Frankreich aus der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion zieht, lassen sich im wesentlichen wie folgt zusammenfassen:

(a) Verbesserung der französischen Außenhandelszahlungsbilanz infolge:

(i) des Ankaufs der Saarkohle und anderer wesentlicher Erzeugnisse in französischen Franken anstelle von Dollars oder anderen knappen Devisen;

(ii) des Ankaufs von 2.235.000 Tonnen Kokskohle aus dem Ruhrgebiet mittels eines technischen Warenaustausches ("switch operations"). Im Jahre 1952 entfielen auf diese Kohlen 12,5 % des Gesamtverbrauchs an Kokskohle in Frankreich und im Saargebiet und fast 40 % der Gesamteinfuhr von Kokskohle der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion;

(iii) des allgemeinen Überschusses der Handelsbilanz der Saar mit den Ländern, die nicht zum Frankengebiet gehören (fast 30 Milliarden Franken im Jahre 1951).

(b) Die Saar ist Absatzgebiet für die französischen Erzeugnisse, insbesondere für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

(3) Es wird geschätzt, daß die landwirtschaftliche Erzeugung der Saar den Bedarf der Bevölkerung nur für zwei bis drei Monate jährlich deckt.

(4) Es ist daran zu erinnern, daß die Leichtindustrie der Saar sich seit 1945 stark entwickelt hat, und daß, wenn sie plötzlich der

vollen deutschen Konkurrenz ausgesetzt wäre, die ersten Ergebnisse einer solchen „europäischen Lösung“ für die Saar in einer ersten Wirtschaftskrise und in großer Arbeitslosigkeit bestehen würden. Die Bedeutung dieser Leichtindustrie ergibt sich schon daraus, daß in ihr im Jahre 1952 102.816 Arbeitnehmer beschäftigt waren (gegen 70.035 im Jahre 1938) bei einer erwerbstätigen Bevölkerung von insgesamt ungefähr 300.000 Personen.

(5) Vgl. insbesondere die Ziffern 12 bis 14 des Entschließungsentwurfs.

(6) Vgl. „Bericht über die Saar: Arbeitsunterlagen“. Doc. AS/HG (5) 18.

(7) Es ist natürlich Sache der Konferenz, dieses Kulturabkommen im einzelnen zu prüfen. Sie könnte insbesondere eine paritätische Vertretung der in Betracht kommenden Parteien in den Verwaltungsräten der Saar-Universität und von Radio Saarbrücken vorsehen. Deutsche Professoren müßten veranlaßt werden, an die Universität zu gehen; ferner müßten für deutsche Opern, Theateraufführungen und Konzerte Zuwendungen gewährt und geeignete Maßnahmen getroffen werden, um alle Währungsschwierigkeiten zu überwinden, die der Einfuhr deutscher Bücher und Filme entgegenstehen. Eine besondere Möglichkeit besteht heute darin, das jetzige Institut für europäische Fragen bei der Saar-Universität in ein vollständiges Forschungszentrum für alle Probleme der europäischen Einheit umzuwandeln und ihm die beste diesbezügliche Fachbücherei für Europa zu geben.